

wortung. Auf Grund der Beschlüsse ihrer Kongresse haben sie die Pariser Verträge abgelehnt und nehmen gegen die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus Stellung. Anders können sich die Mitglieder der westdeutschen Arbeiterorganisationen auch nicht entscheiden, denn Remilitarisierung, das ist der Weg zum Krieg, das bedeutet verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, größere Massenbelastung durch Preissteigerungen und Steuern, bedeutet Stärkung der Machtpositionen der 150 Millionäre, die durch ihre Monopolunternehmungen und Banken die westdeutsche Wirtschaft beherrschen.

Die rechten sozialdemokratischen Führer sind jedoch in der letzten Zeit von den Beschlüssen ihres eigenen Parteitages gegen die Remilitarisierung abgegangen und haben Adenauers Außenpolitik unterstützt. Sie versuchen lediglich, die parlamentarische Form bei der Durchführung der Remilitarisierung in Westdeutschland zu wahren. Die Folgen eines solchen Verhaltens sind für die deutsche Arbeiterklasse und für das deutsche Volk verhängnisvoll. Gegen die Aktionsgemeinschaft der deutschen Arbeiterklasse, gegen eine aufrichtige Zusammenarbeit zwischen der SPD, der SED, der KPD, dem DGB und dem FDGB könnten die westdeutschen Militaristen ihre Politik nicht durchsetzen. Die Burgfriedentaktik der rechten sozialdemokratischen Führer jedoch ermuntert die Militaristen und lähmt den Widerstandswillen breiter Kreise der Werktätigen. In dieser ernsten Lage in Deutschland erfordert das Lebensinteresse unseres Volkes die aufrichtige Zusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie in Westdeutschland und der SED in der Deutschen Demokratischen Republik. Durch eine Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen in ganz Deutschland würden große politische Kräfte wirksam werden und eine Änderung der Bonner Politik erzwingen.

Durch die Aktionsgemeinschaft der SED, der SPD, der KPD und der Gewerkschaften könnte unmittelbar erreicht werden, daß die Bonner Regierung den kalten Krieg einstellt und zur Entspannung der Lage beiträgt.

Durch die Aktionsgemeinschaft würden solche großen Kräfte des Volkes entfaltet, daß die Weiterführung der Remilitarisierung verhindert würde.

Durch die Aktionsgemeinschaft würden breite Kreise der Bauern, des Kleinbürgertums und der bürgerlichen Kreise aktiviert und würde der Außenministerkonferenz in Genf gezeigt, daß das deutsche Volk ein friedliebendes, demokratisches Deutschland wünscht. Das würde nicht ohne Einfluß auf die Herbeiführung der kollektiven Sicherheit in Europa sein.